

presse

Türkei missachtet Presse- und Meinungsfreiheit

Johannes Kahrs, SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitglied der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe:

Die landesweiten Razzien in der Türkei gegen regierungskritische Medien und die Festnahmen zahlreicher Journalisten sind ein Schritt zurück für die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union und schaden in erster Linie der Türkei selbst. Wenngleich der Dialog mit der Türkei konstruktiv fortgesetzt werden muss, darf und wird Europa der Türkei eine deutliche Kritik an diesem Vorgehen nicht ersparen.

„Das Vorgehen der türkischen Sicherheitsbehörden gegen Journalisten und Medienvertreter ist politisch motiviert und klar zu verurteilen. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist für die Europäische Union ein hohes Gut, deren Schutz wir gerade auch von den Regierenden immer wieder einfordern müssen. Die aktuellen Vorkommnisse sind umso bedauerlicher, weil eine demokratische und rechtsstaatliche Türkei weiterhin eine Bereicherung für die EU darstellen würde.

Aus diesem Grund wäre es allerdings auch falsch, den begonnen Dialog frühzeitig zu beenden. Vielmehr müssen alle Kanäle genutzt werden, um die Türkei wieder auf den Weg zu führen, den das Land Ende der 1990er Jahre beschritten hatte und eine erneute Annäherung an europäische Werte zu erreichen. Nur durch den Dialog über Themen wie Grundrechte, Justiz und Rechtsstaatlichkeit kann die EU Einfluss auf die Türkei ausüben und die notwendigen Veränderungen herbeiführen. Dieser Dialog darf der Türkei jedoch nicht die berechtigte Kritik an den neuesten Entwicklungen ersparen. Fehlentwicklungen müssen klar benannt werden.

Ein Abwenden der EU wäre jedenfalls ein falsches Signal und würde eben die Kräfte in der Türkei entmutigen, die weiterhin für Reformen und den EU-Beitritt kämpfen. Die Türkei muss aber nun ihrerseits zeigen, dass ihr an einem Beitritt

weiterhin gelegen ist.“